

Stöcklein, Leonard

Ohne Unterstützung gegen massiven Widerstand? : Orte des Gedenkens an den Völkermord an deutschen Sinti und Roma in Bayern

In:

Höhne, Thomas, Janka, Nicole, Mühlwinkel, Marcus (Hrsg.), Sinti und Roma in Geschichte und Erinnerung : Europäische und regionale Perspektiven, Bamberg : University of Bamberg Press, S. 145-163. 2025. doi: 10.20378/irb-110325

Beitrag im Sammelwerk - Verlagsversion

DOI des Beitrags: 10.20378/irb-111377

Datum der Veröffentlichung: 18.11.2025

Rechtehinweis:

Dieses Werk ist durch das Urheberrecht und/oder die Angabe einer Lizenz geschützt. Es steht Ihnen frei, dieses Werk auf jede Art und Weise zu nutzen, die durch die für Sie geltende Gesetzgebung zum Urheberrecht und/oder durch die Lizenz erlaubt ist. Für andere Verwendungszwecke müssen Sie die Erlaubnis der Rechteinhaberinnen und Rechteinhaber einholen.

Für dieses Dokument gilt die **Creative-Commons-Lizenz CC BY**.



Die Lizenzinformationen sind online verfügbar:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Ohne Unterstützung gegen massiven Widerstand? Orte des Gedenkens an den Völkermord an deutschen Sinti und Roma in Bayern

Leonard Stöcklein

Einleitung

Im Jahr 1982 erreichte die Bürgerrechtsbewegung deutscher Sinti und Roma erstmals eine staatliche Anerkennung des nationalsozialistischen Völkermordes aus Gründen der „Rasse“ durch Bundeskanzler Helmut Schmidt. Bis dahin war das Bild vorherrschend, Sinti und Roma seien aufgrund ihrer angeblich „asozialen und kriminellen Lebensweise“ nicht zu Unrecht von den Nationalsozialisten verfolgt und ermordet worden.¹ Das Positionspapier des Bundeskanzlers auf Bundesebene war jedoch nicht der meisterhafte Schlusspunkt eines vorangegangenen Prozesses des Umdenkens, sondern vielmehr Wendepunkt hin zu nochmals zeitlich verzögerten historischen Forschungen und konflikthafter gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit der Geschichte des Völkermordes im regionalen und lokalen Raum. In der bundesdeutschen Geschichtskultur lassen sich diese erinnerungskulturellen Umwälzungen unter anderem an einem Netz von 124 Gedenkorten konkretisieren, welches sich zwischen 1980 und 2021 sukzessive gespannt hat. In Bayern sind mit zwei Ausnahmen erst über zehn Jahre nach der Anerkennung durch Schmidt seit Mitte der 1990er Jahre zwölf größere Gedenkorte und etwa acht Stolpersteinprojekte initiiert worden.² Die Orte sind Markierungen historischer Aufklärung über die Verbrechen des Völkermordes, sie fungieren als Gradmesser gesellschaftspolitischer Reputation deutscher Sinti und Roma und sind Zeichen eines Bekenntnisses staatlicher Würdenträgerinnen und Würdenträger zur historischen Verantwortung für die im Namen des deutschen Staates verübten Verbrechen.

Darüber hinaus haben diese Orte für die Überlebenden und Nachfahren einen hohen persönlichen und emotionalen Stellenwert. Franz Rosenbach, Sinto und

1 Sebastian Lotto-Kusche bezeichnet in seiner Dissertation jenes in Gesellschaft und Politik vorherrschende historische Bild gegenüber Sinti und Roma von 1949 bis 1982 als „kriminalpräventiven Denkstil“. Vgl. Sebastian Lotto-Kusche, *Der Völkermord an den Sinti und Roma und die Bundesrepublik. Der lange Weg zur Anerkennung 1949–1990*, Berlin 2022, S. 10–23.

2 Diese Zahlen fußen auf Berechnungen des Autors dieses Beitrags. Er untersucht in seinem Dissertationsprojekt systematisch die Genese der Gedenkorte deutscher Sinti und Roma in der Bundesrepublik seit den 1980er Jahren.

Überlebender mehrerer Konzentrationslager, sagte bei der Einweihung einer Gedenktafel am Hauptbahnhof der oberfränkischen Stadt Bayreuth im Jahr 1999:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, für uns, die wenigen Überlebenden des Holocaust, hat es eine wirkliche Befreiung niemals gegeben. Es gibt Erlebnisse und Erinnerungen an jene Zeit, die man nie wieder los wird – die immer wiederkehren in unseren nächtlichen Träumen. Für mich, der ich heute in Bayreuth lebe, ist es daher ein ganz besonderes Ereignis, wenn wir heute an diesem Ort eine Gedenktafel für die von den Nationalsozialisten deportierten und ermordeten Bayreuther Sinti enthüllen können.“³



Enthüllung des Mahnmals am Bayreuther Hauptbahnhof am 16.12.1999:

Abb.1: Enthüllung des Mahnmals am Bayreuther Hauptbahnhof am 16.12.1999; links mit Blumenkranz Erich Schneeberger, Vorsitzender des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Bayern e. V., mittig mit weißer Krawatte Franz Rosenbach neben dem Bayreuther Oberbürgermeister Dieter Mronz (SPD), am rechten Bildrand Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma. Foto: Sammlung Landesverband Deutscher Sinti und Roma Bayern e. V.

3 Sammlung Landesverband Deutscher Sinti und Roma Bayern e. V. (= Sammlung LV): Manuskript Redebeitrag Rosenbach, Bayreuth 16.12.1999.

Fragestellung und Methodik

Im Abschlussbericht der von der Bundesregierung beauftragten wissenschaftsinterdisziplinären „Unabhängigen Kommission Antiziganismus“ heißt es im Jahr 2021 in Bezug auf Gedenkorte deutscher Sinti und Roma:

„Typisch [...] ist, dass die Etablierung von Gedenkorten stets von Sinti:ze und Rom:nja selbst, meist gegen massiven Widerstand der Dominanzgesellschaft, erkämpft werden mussten. [...] Die Initiativen für die Gedenkorte kamen fast ausschließlich von Sinti:ze und Rom:nja selbst, ein breiteres bürgerschaftliches Engagement ist nur vereinzelt zu Stande gekommen.“⁴

Haben deutsche Sinti und Roma wirklich „ohne Unterstützung“ und „gegen massiven Widerstand“ die Gedenkorte errichtet? Diese Fragen lassen sich zunächst in folgender fach- und öffentlichkeitsdiskursiver Narration des bundesdeutschen Umgangs mit dem Nationalsozialismus kontextualisieren: Seit 1979 habe die bundesrepublikanische Gesellschaft durch zahlreiche zivilgesellschaftliche Forschungsprojekte die bis dahin schambehaftete Kultur der Bundesrepublik zu einer Kultur der Anerkennung von Schuld und Verantwortung subversiv verändert.⁵ Dieses subversive Moment habe die Erinnerungskultur jedoch spätestens seit Ende der 1990er, Anfang der 2000er Jahre verloren. Der Verlust habe zu einer bis heute anhaltenden Phase der Bewahrung der Vergangenheit geführt.⁶ Die Erinnerungskultur sei dadurch erstarrt und staatlich orchestriert.⁷ Zudem diene eine überbordende Zentrierung auf die NS-Opfer bei gleichzeitiger Ablenkung von einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit deutscher Täterschaft einer

4 Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus. Perspektivwechsel – Nachholende Gerechtigkeit – Partizipation, Deutscher Bundestag 19. Wahlperiode Drucksache 19/30310, 21.05.2021, Kap. 1.1, S. 36 und Kap. 8.1.8, S. 325 f.

5 Aleida Assmann, Erinnerung als Erregung. Wendepunkte der deutschen Erinnerungsgeschichte, in: Wolf Lepenies (Hg.), Jahrbuch des Wissenschaftskollegs zu Berlin 1998/99, Berlin 2000, S. 200–220, hier S. 210 f.; Habbo Knoch, Spurensuche. NS-Gedenkstätten als Orte der Zeitgeschichte, in: Frank Bösch / Constantin Goschler (Hg.), Public History. Öffentliche Darstellungen des Nationalsozialismus jenseits der Geschichtswissenschaft, Frankfurt am Main 2009, S. 191–218.

6 Volkhard Knigge, Gedenkorte mit doppelter Vergangenheit, in: Martin Sabrow (Hg.), Der Streit um die Erinnerung (Helmstedter Kolloquien 10), Leipzig 2008, S. 59–76, hier S. 65 f.; Aleida Assmann, Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention, München 2020, S. 57.

7 Harald Welzer, Für eine Modernisierung der Erinnerungs- und Gedenkkultur, in: Gedenkstättenrundbrief 8 (2011), Nr. 162, S. 3; Martin Sabrow, Zeitenwenden in der Zeitgeschichte, Göttingen 2023, S. 67–70.

moralischen Selbstberuhigung der deutschen Gesellschaft.⁸ Dieses Verständnis der Genese bundesdeutscher Erinnerungskultur geht häufig einher mit der Erzählung, Deutschland sei erfolgreicher Weltmeister einer seit den 1990er Jahren in Zement gegossenen Erinnerung an den Nationalsozialismus.⁹ Die Erzählung, Deutschland sei „Weltmeister“ der Erinnerung, ist im nationalen wie internationalen Fachdiskurs und mittlerweile auch in der allgemeinen Öffentlichkeit geläufig, wobei der Vergleichsrahmen unklar ist. Unabhängig davon gab es Probleme und Hindernisse, die der Attribuierung „Weltmeister“ in Bezug auf die Erinnerung an die NS-Verbrechen gegenüber deutschen Sinti und Roma widersprechen.

In diesem Beitrag soll die definatorische Unzulänglichkeit der Vokabeln Erstarung, Bewahrung, und Opferzentrierung für Gedenkort deutscher Sinti und Roma in Bayern aufgezeigt werden. Gleichzeitig bedarf es einer differenzierteren Betrachtungsweise als der der Thesen der Unabhängigen Kommission Antiziganismus.

Die *memory agents* von Gedenkort deutscher Sinti und Roma trafen zwar in Bayern nicht selten auf ein Klima der Abwehr und zeitlichen Verschleppung. Anders als im Abschlussbericht behauptet wird, waren deutsche Sinti und Roma und ihre Interessensverbände in Bayern aber unabdingbar auf Unterstützung von Historikern, einzelnen Politikern, städtischen Beamten und engagierten Personen der Zivilgesellschaft zur Überwindung von Widerständen bei der Errichtung der Gedenkort angewiesen.

In diesem Aufsatz folgt auf eine Einordnung des Beitrags lokaler historischer Forschungsarbeiten in die Entstehungsgeschichten der Gedenkort und eine topografische Bestandsaufnahme ein Unterkapitel zur Inschriftenform, Materialität und zu unterschiedlichen Funktionsweisen der Gedenkort. Sodann werden entlang eines Analyserasters von fünf Konfliktebenen beziehungsweise Abwehr-/Verschleppungsstrategien einzelne Gedenkort zur Beantwortung der Kernfrage, ob jene tatsächlich ohne Unterstützung gegen massiven Widerstand gesetzt worden seien, abgeklopft und anschließend ein Fazit gezogen.

8 Ulrike Jureit, Olympioniken der Betroffenheit. Normierungstendenzen einer operidentifizierten Erinnerungskultur, in: Katrin Hammerstein / Ulrich Mählert u. a. (Hg.), *Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung?*, Göttingen 2009, S. 108–122; Cornelia Siebeck, Dies- und Jenseits des Erinnerungskonsenses. Kritik der postnationalsozialistischen Selbstvergewisserung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42/43 (2017), S. 23–28; ebenso Max Czollek, *Versöhnungstheater*, Berlin 2023, URL: <https://www.bpb.de/themen/zeit-kulturgeschichte/juedischesleben/332617/versoehnungetheater-anmerkungen-zur-deutschen-erinnerungskultur/> (zuletzt aufgerufen: 22.08.2024).

9 Siehe z.B. URL: www.deutschlandfunkkultur.de/vergangenheitsbewaeltigung-wir-sind-erinnerungsweltmeister-100.html (zuletzt aufgerufen: 22.08.2024).

Durch eine multiperspektivische Auswertung von Quellen wie Anträgen, Sitzungsprotokollen und Korrespondenzen aus der Sammlung des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Bayern e. V. (im Folgenden: LV) und dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv sowie anhand von öffentlicher Berichterstattung, Internetauftritten und Forschungspublikationen werden die Konstitutionsprozesse hinter diesen Orten mit einem besonderen Blick auf die verschiedenen Akteursgruppen freigelegt. Im Sinne des von der Unabhängigen Kommission Antiziganismus geforderten Perspektivwechsels wurden vom Autor narrative Interviews mit Erich Schneeberger, Vorsitzender des LV, Marcella Reinhardt, Vorsitzende des LV – Regionalverband Schwaben – und Tornado Rosenberg, Sinto und Bürgerrechtler, geführt und ausgewertet.

Historische Forschung und Topografie

Es fehlt für die Geschichte der NS-Verfolgung deutscher Sinti und Roma in Bayern bis heute an einer fachwissenschaftlichen Gesamtdarstellung.¹⁰ Manche bayerische Regionen wie die Oberpfalz oder Niederbayern stellen – ausgenommen weniger Hinweise – blinde Flecken dar.

Im Einzelnen kann die lokale und regionale Verfolgungsgeschichte der Minderheit während des Nationalsozialismus an dieser Stelle nicht ansatzweise skizziert werden. Von Interesse ist jedoch die doppelte Bedeutung geschichtswissenschaftlicher Arbeiten mit einem lokalen und regionalen Schwerpunkt der Verfolgung deutscher Sinti und Roma in Bayern. Die Studien gingen über ihren Eigenwert zur Schaffung neuen historischen Wissens hinaus, indem sie Türöffner für die Initiierung von Gedenkorten z. B. in München, Fürth, Flossenbürg, Hersbruck und Nördlingen waren.¹¹

Ausgenommen der während des Hungerstreiks in der Gedenkstätte Dachau 1980 angebrachten Gedenktafel und eines von Angehörigen privat initiierten Gedenk-

10 Felix Bellaire, Verfolgung der Sinti und Roma im Nationalsozialismus, publiziert am 17.01.2024, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Verfolgung_der_Sinti_und_Roma_im_Nationalsozialismus (zuletzt aufgerufen: 22.08.2024).

11 Ludwig Eiber, Ich wusste, es wird schlimm. Die Verfolgung der Sinti und Roma in München 1933–1945, hg. von der Landeshauptstadt München 1993 (= Eiber, Ich wusste, es wird schlimm); Ulli Schlee, Die Verfolgung der Sinti und Roma in Mittelfranken unter dem Nationalsozialismus, Erlangen 2011; Norbert Aas, Sinti und Roma im KZ Flossenbürg und seinen Außenlagern Wolkenburg und Zwodau, Bayreuth 2001; Paul Kornmayer, Verfolgt, deportiert, ermordet. Die Geschichte der Sinti in Hersbruck 1939–1945, Hersbruck 2018; Angela Bachmair, „Wir sind stolz, Zigeuner zu sein“. Vom Leben und Leiden einer Sinti-Familie, Augsburg 2014.

zeichens an einem ehemaligen Wohnhaus in Hersbruck¹² sind alle Gedenkort seit Mitte der 1990er Jahre errichtet worden. Wesentlicher Motor hierfür waren die Tätigkeiten des LV seit Ende der 1990er Jahre. Ausgehend von mündlichen Berichten Überlebender¹³ stellte der Landesverband selbst Forschungen in Archiven an und wurde hierbei mancherorts von städtischen Archivaren unterstützt, um die Verfolgung vor den politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern zu belegen, so in Bayreuth, Würzburg und Schweinfurt.¹⁴ In Bayreuth verzögerte sich die Errichtung des Gedenkortes, da der Referent des Oberbürgermeisters Mronz (SPD) eine vom LV eingereichte Liste von elf in Bayreuth wohnhaften Personen, die in Bayreuth 1939 aufgrund des Erlasses Heinrich Himmlers vom 8. Dezember 1938 zur „rassischen Absonderung des Zigeunertums vom deutschen Volkstum“ kriminalpolizeilich erfasst und an ihrem Wohnsitz festgeschrieben worden waren, nicht als ausreichenden Tatbestand der NS-Verfolgung erachtete.¹⁵ Der Ältestenausschuss des Stadtrates forderte für die Errichtung eines Gedenkortes den Nachweis konkreter Namen der von Deportationen in Konzentrationslager betroffenen Menschen und verschleppte damit die Errichtung des Gedenkortes.¹⁶ Durch weitere Eigenrecherche gelang es dem LV, die Deportation von zwei Angehörigen der Familie Rose nachzuweisen, wodurch schließlich auch der Ältestenausschuss und der Referent des Oberbürgermeisters ihre Zweifel ablegten.¹⁷

An manchen Orten war der LV bei der Errichtung der Gedenkort kaum involviert. In München leistete vor allem der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma dem Überlebenden Hugo Höllenreiner und dem Historiker Ludwig Eiber Schützenhilfe, in Ingolstadt kooperierte die Sinteza Ilona Roché mit dem Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma Heidelberg¹⁸ und in Fürth initiierte ein breites Spektrum zivilgesellschaftlicher Gruppen wie das Fürther Bündnis gegen Rechtsextremismus in Kooperation mit dem LV den Gedenkort.¹⁹

12 Leonard Stöcklein, *Petrifizierte Bewahrung der Vergangenheit? Die Stadt Hersbruck und ihr nationalsozialistisches Erbe*, in: Nadja Bennwitz / Gesa Büchert / Mona Kilau (Hg.), *Positionen, Projekte, Perspektiven. Zwischen Geschichtsdidaktik und fränkischer Kulturgeschichte*, Göttingen 2023, S. 153–165 (= Stöcklein, *Petrifizierte Bewahrung*), hier S. 157.

13 Sammlung LV: Brief LV an Kulturwerkstatt Schweinfurt, 30.4.2004.

14 Sammlung LV: E-Mail LV an Leiter Kulturamt Schweinfurt, 17.6.2010; Schreiben an Leiter Kulturamt Würzburg, 2.2.1999; Gesprächsprotokoll Oberbürgermeister, Referent, LV, Bayreuth, 8.8.1997.

15 Sammlung LV: Liste der Personen aus Staatsarchiv; Brief LV an Referent des Oberbürgermeisters, 11.3.1998.

16 Sammlung LV: Gesprächsprotokoll LV und Referent des Oberbürgermeisters, 5.6.1998.

17 Interview Schneeberger, 22.2.2022.

18 Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma Heidelberg (Hg.), *Newess* 2019, S. 95.

19 Sammlung LV: Diverse Korrespondenzen LV, Oberbürgermeister, Fürther Bündnis.

In Augsburg initiierte die Sinteza Marcella Reinhardt eine Gedenktafel auf dem Nordfriedhof, auf dem viele Überlebende des Völkermordes begraben liegen. Von Beginn an hat die Friedhofsverwaltung ihr Vorhaben unterstützt.²⁰

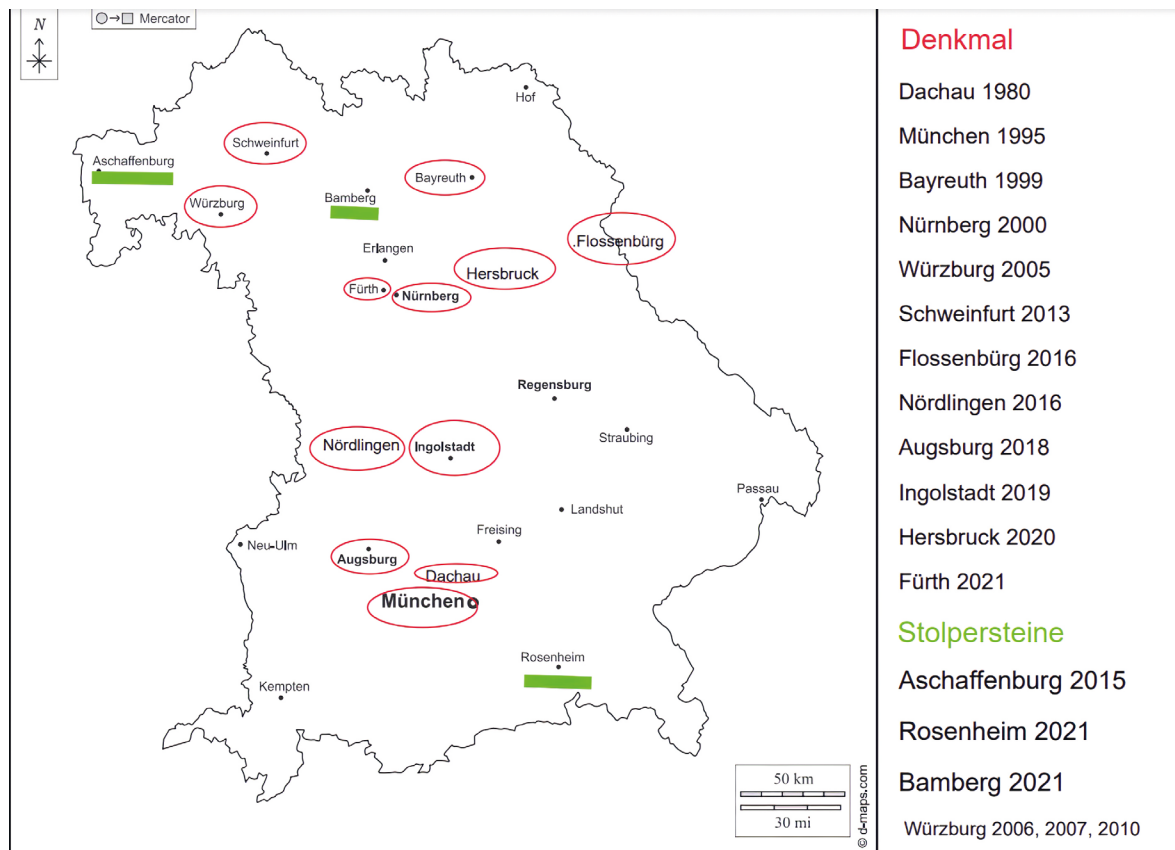


Abb.2: Vom Autor erstellte Karte der Gedenkort deutscher Sinti und Roma in Bayern

Materialität, Inschriften, Funktionalität

Unter dem Begriff „Gedenkort“ werden alle größeren Denkmäler beziehungsweise Mahnmale, Gedenktafeln und Stolpersteine verstanden. Letztere werden aufgrund spezifischer Eigendynamiken der Errichtung in der Feinanalyse außen vor gelassen. In Rosenheim, Aschaffenburg, Würzburg und Bamberg sind Stolpersteine auf zivilgesellschaftliche Initiative in Zusammenarbeit mit Überlebenden und Angehörigen eingelassen worden. So initiierten in Bamberg die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) und Angehörige der Familie Seeger Stolpersteine.

20 Interview Marcella Reinhardt, 19.5.2022.

Paul Seeger, Überlebender mehrerer Konzentrationslager, war bereits 1947 Mitglied der VVN-BdA geworden.²¹

Allgemein typisch für NS-Mahnmale weisen auch Gedenkmale deutscher Sinti und Roma mehrheitlich eine einfache und abstrakte Formensprache auf.²² Dies veranschaulicht z. B. der schlichte, eiserne Kubus zum Gedenken an die im Jahr 1935 verabschiedeten Nürnberger Rassegesetze am historischen Ort gegenüberliegend des ehemaligen Hauptgebäudes des Industrie- und Kulturvereins, in welchem die Nürnberger Rassegesetze am 15. September 1935 während der Reichsparteitage vom Reichstag einstimmig verabschiedet worden waren.

Die Inschriften setzen zumeist auf eine einfache Losung wie „Zum Gedenken an die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma“. Konkrete Namen der Opfer werden mit Ausnahme der Stolpersteine und der Mahnmale in Hersbruck und Ingolstadt nicht genannt.

Anhand der Inschriften und Reden bei der Enthüllung oder den darauffolgenden Gedenkveranstaltungen sind drei Kategorien der Funktionalität der Orte zu erkennen.

Neben der grundlegenden Funktion des Trauerns und Gedenkens von Überlebenden und Nachfahren können die Orte dem Rezipienten auch als Anstoß zur weiterführenden Beschäftigung mit den NS-Verbrechen dienen. Ergänzende Informationstafeln, die durch Hintergrundinformationen konkretes historisches Wissen am Gedenkort vermitteln, sind nur in den seltensten Fällen beigefügt worden.

Es wird regelmäßig in München am Jahrestag der in das Vernichtungslager Auschwitz im März 1943 deportierten Menschen, in Würzburg der Ermordung tausender Sinti und Roma in Auschwitz-Birkenau am 2. August 1944 und in Nürnberg der Verabschiedung der Nürnberger Rassegesetze am 15. September 1935 gedacht.²³ Hier wird die Geschichte des Völkermordes von den jeweiligen Akteuren

21 VVN-BdA (Hg.), *antifa. Magazin der VVN-BdA für antifaschistische Politik und Kultur*, „Gedenken an eine Sinto-Familie“, 03/04 2022.

22 James E. Young, *Nach-Bilder des Holocaust in zeitgenössischer Kunst und Architektur*, Hamburg 2002, S. 137–141.

23 Flyer zur Gedenkveranstaltung der Münchner Arbeitsgruppe „Gedenken an die aus München deportierten Sinti und Roma“, 13.3.2022; Gedenken zum 2. August in Würzburg, 2023, URL: <https://www.infranken.de/lk/wuerzburg/wuerzburg-stadt-gedenkt-der-sinti-und-roma-opfer-noch-heute-massive-diskriminierung-art-5739894> (zuletzt aufgerufen: 23.8.2024); Kranzniederlegung in Nürnberg für NS-Opfer 2022, URL: <https://www.br.de/nachrichten/bayern/kranzniederlegung-in-nuernberg-fuer-ns-opfer,thuhsdb> (zuletzt aufgerufen: 23.8.2024).

geschichtspolitisch als *magistra vitae* für Gegenwart und Zukunft verstanden. So werden Formen des gesellschaftlichen Antiziganismus, Rassismus und Rechts extremismus, in den letzten Jahren vermehrt das Erstarken rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen in Deutschland thematisiert oder an die Verteidigung der Demokratie als gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung appelliert.²⁴ Während offizielle Vertreterinnen und Vertreter der Städte und Kommunen häufig von einer historischen Verantwortung des deutschen Staates sprechen, nehmen Angehörige aus der Minderheit rassistisch-kritische Positionen ein. So forderte z. B. die Überlebende Rita Prigmore bei einer Gedenkveranstaltung am Würzburger Mahnmal den Aufbau einer Gesellschaft ohne Diskriminierungen.²⁵

Multiple Formen der Abwehr und zeitlichen Verschleppung des Gedenkens

Die Frage, wie viele der Orte einen konfliktbehafteten Konstitutionsprozess aufweisen und wie viele reibungslos errichtet worden sind, steht nun im Zentrum der Analyse: In Flossenbürg, Augsburg, Ingolstadt und Fürth gab es keine Konflikte. An den anderen acht der zwölf Orte waren Widerstände zu überwinden. Hier lassen sich folgende fünf Konfliktebenen und Abwehrstrategien identifizieren, die die Errichtung unterminierten: Offene Ablehnung, Standort, Finanzierung, Nivellierung I, Nivellierung II.

Unter offener Ablehnung werden all diejenigen Abwehrmechanismen verstanden, die das Gedenken an den Völkermord deutscher Sinti und Roma prinzipiell ablehnten.

Bei Konflikten um den Standort forderten die Initiatorinnen und Initiatoren entweder einen frequentierten Ort in der Innenstadt oder die Markierung des historischen Tatortes zum Zweck der Auseinandersetzung von Täterschaft und institutioneller historischer Verantwortung. Politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger lehnten dies zuweilen ab.

In einigen Fällen ist von städtischen oder kommunalen Bürgermeistern und Räten zwar prinzipiell zugestimmt worden, aber ohne, dass diese für die Finanzierung aufkommen wollten. In dem Fall mussten die Initiatorinnen und Initiatoren große Kraftanstrengungen aufbringen, um potenzielle Spender für sich zu gewinnen.

24 Interview Schneeberger, 22.2.2022; [ohne Autor], „Spätes Gedenken an ermordete Sinti und Roma“, in: Süddeutsche Zeitung, 22.12.1995.

25 Wolfgang Jung, „Gedenken an ermordete Sinti und Roma“, in: Main-Post, 4.8.2017.

Unter „Nivellierung I“ wird die für die Zeit unter dem Kanzler Helmut Kohl von Mitte der 1980er bis Ende der 1990er Jahre typische Formel des Gedenkens an „Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ verstanden, mit der politische Entscheidungsträger Gedenkorte deutscher Sinti und Roma auch später noch in den 2000er Jahren ablehnten.²⁶ Unter diese Formel wurden auch deutsche Opfer alliierter Bombenangriffe sowie gefallene Soldaten der Wehrmacht subsummiert.²⁷

Unter „Nivellierung II“ wird die Abwehrstrategie verstanden, dass auf bereits errichtete oder noch zu errichtende Gedenkzeichen für andere NS-Opfergruppen verwiesen wird, in die das Gedenken an Sinti und Roma neben anderen einzugliedern sei.²⁸

Dachau und Hersbruck

Am 4. April 1980 traten zwölf deutsche Sinti, darunter Überlebende von Auschwitz, Dachau und anderen Konzentrationslagern in den Hungerstreik. Sie forderten unter anderem Entschädigungszahlungen, die Errichtung eines Dokumentationszentrums des Völkermordes in Dachau und insbesondere den Nachweis des bayerischen Innenministeriums der Vernichtung aller Akten, die von der Polizei im Nationalsozialismus angelegt und bis 1965 von der sogenannten bayerischen Landfahrerzentrale des Landeskriminalamtes über Angehörige der Minderheit weitergeführt worden waren.²⁹

Im Zuge des Hungerstreiks in der Gedenkstätte Dachau brachten die damaligen Liedermacher Rudko Kawczynski und Tornado Rosenberg mit dem Künstlernamen „Duo Z“ und der Überlebende Ranco Brantner an einer Mauer eine Gedenktafel mit der Inschrift „Zum Gedenken der Zigeuner[,] die hier während der N.S. Zeit ermordet wurden. Wer mich aber verleugnet vor den Menschen[,] der wird verleugnet werden vor den Engeln Gottes (Matth. 10.26.33.) Gestiftet ‚Duo Z‘.³⁰ Bei der Inschrift fällt die religiöse Motivik ins Auge, die nicht untypisch für Ge-

26 Nach Forschungen des Autors wurden bundesweit zehn Gedenkorte mit dieser Argumentation abgelehnt.

27 Katrin Hammerstein, *Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung? Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen von Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich*, Göttingen 2017, S. 149.

28 Nach Forschungen des Autors wurden bundesweit neun Gedenkorte mit dieser Argumentation abgelehnt.

29 Daniela Gress, *Protest und Erinnerung. Der Hungerstreik in Dachau 1980 und die Entstehung der Bürgerrechtsbewegung deutscher Sinti und Roma*, in: Karola Fings / Sybille Steinbacher (Hg.): *Sinti und Roma. Der nationalsozialistische Völkermord in historischer und gesellschaftspolitischer Perspektive (Dachauer Symposien zu Zeitgeschichte 19)*, Göttingen 2021, S. 190–219 (= Gress, *Protest und Erinnerung*), hier S. 196 f.

30 Interview Tornado Rosenberg, 17.08./23.08.2021.

denkorte deutscher Sinti und Roma im gesamten Bundesgebiet ist.³¹ Fotografien des Hungerstreiks zeigen, dass die drei Initiatoren in erster Reihe beim Einzug in die Gedenkstätte die Tafel wie eine Monstranz vor sich hertrugen.³² Die Tafel konnte zunächst nirgends in der Gedenkstätte angebracht werden, da sich die Verantwortlichen in demselben Zuge weigerten, den Aktivisten Räumlichkeiten für den Streik zur Verfügung zu stellen. Erst nach etwa fünf Tagen, als die Kirchen vermittelten und der Hungerstreik eine mediale Öffentlichkeit erfuhr, war der Widerstand gebrochen und die Tafel wurde an einer Mauer der Gedenkstätte befestigt. Im Zuge der Auseinandersetzungen um die Forderungen der Bürgerrechtler entfernte die Gedenkstätte Dachau die Tafel kurz nach Beendigung des Hungerstreiks von seinem ursprünglichen Aufstellungsort.³³ Bis heute ist diese in einem von der Gesamtanlage abgetrennten Gedenkraum als eine unter vielen an einer Wand angebracht. Diese Platzierung wird der historischen Tragweite des Hungerstreiks, mit der diese Gedenktafel unweigerlich verbunden ist, nicht gerecht.

Das Mahnmal in Hersbruck war in seiner Entstehung von Konflikten des Standortes und von Nivellierung betroffen. Während der LV über mehrere Monate eine Errichtung auf dem Marktplatz der Stadt forderte, da dessen Ansicht nach die NS-Opfer als Bürger der Stadt aus der Mitte der Gesellschaft gerissen worden seien, forderte der Bürgermeister Ilg (Freier Rathausblock) einen abstrahierten Ort der Menschenrechte in einem Stadtpark am Ortsrand, welcher für weitere Opfergruppen potenziell erweiterbar sei.³⁴

Nördlingen, Nürnberg und Schweinfurt

In Nördlingen ermöglichten vorrangig Unternehmens- und Privatspenden, für die der LV aktiv Werbung machte, die Realisierung des Mahnmals. Der Stadtrat lehnte eine finanzielle Beteiligung an der Deckungslücke ab. Der Bezirkstagspräsident von Schwaben schloss diese Lücke sodann nach einer Verzögerung von einem Jahr durch einen größeren Einzelbetrag.³⁵

In Nürnberg stimmte der Oberbürgermeister Scholz (CSU) nach einer ersten Eingabe des LV dem Anliegen zwar prinzipiell rasch zu,³⁶ jedoch entwickelte sich im weiteren Verlauf eine Debatte mit dem Baureferenten, ob nicht ein Gedenk-

31 Z. B. weist eine in den 1980er Jahren errichtete Gedenktafel an einer Polizeiwache in der Hamburger Nöldekestraße ebenso eine solche Motivik auf.

32 Winfried Nerdinger (Hg.), *Die Verfolgung der Sinti und Roma in München und Bayern 1933–1945*, München 2016, S. 275.

33 Interview Tornado Rosenberg, 17.08./23.08.2021.

34 Stöcklein, *Petrifizierte Bewahrung*, S. 159–161.

35 Sammlung LV: Brief Bezirkstagspräsident Schwaben an LV, 14.10.2015.

36 Sammlung LV: Gesprächsprotokoll OB, Baureferent, Kulturreferent, LV, 07.10.1997.

stein für mehrere Opfergruppen wie Kriegsgefangene, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, politische Oppositionelle und darunter auch Sinti und Roma am Nürnberger Platz der Opfer des Faschismus errichtet werden solle. Der LV argumentierte, dass Sinti und Roma wie Juden systematisch aus Gründen der „Rasse“ verfolgt worden seien und setzte sich deshalb für ein Mahnmal am historischen Ort der Verabschiedung der „Nürnberger Rassegesetze von 1935“ ein.³⁷ Schließlich votierte der Kulturausschuss der Stadt Nürnberg parteiübergreifend einstimmig im Oktober 1999 für einen Gedenkort in Erinnerung an Sinti und Roma, die Opfer der „Nürnberger Rassengesetze“ wurden. Einen Antrag der Grünen auf die Errichtung weiterer Gedenksteine, beispielsweise im Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg am gleichnamigen Rosa-Luxemburg-Platz in Nürnberg, lehnte die CSU jedoch ab. Stadträtin Lehner (CSU) sorgte sich, dass Nürnberg „zu einer Stadt zu vieler Gedenktafeln und -steine mutiere.“³⁸

In Schweinfurt waren es im Jahr 2003 Nachfahren der dort wohnhaften Familien Reinhardt und Winter, die an den LV mit der Bitte um politische Unterstützung der Umsetzung eines Mahnmals herantraten.³⁹ Auf das Initiativschreiben des LV reagierte die Oberbürgermeisterin Grieser (CSU) erst verzögert mit einer Einladung zu einem offiziellen Gespräch etwa ein halbes Jahr später.⁴⁰ In diesem Gespräch zeigte sich die Oberbürgermeisterin trotz der Vorlage von Nachweisen mehrerer nach Auschwitz-Birkenau deportierter Menschen verhalten, sie wollte die Entscheidung dem Ältestenausschuss des Stadtrates übertragen und keine eigene Initiative ergreifen und Verantwortung übernehmen.⁴¹

Zwar stimmte der Ältestenausschuss des Stadtrates einem Gedenkort zu, lehnte jedoch gleichzeitig eine Beteiligung an der Finanzierung gänzlich ab.⁴² Dadurch war die Realisierung des Gedenkortes für einige Jahre ins Stocken geraten, bis 2010 Remelé (CSU) das Amt des Oberbürgermeisters in Schweinfurt übernahm und den Eingaben des LV mit Ernsthaftigkeit nachkam. Letzten Endes wurde im Jahr 2014 in Anwesenheit von Klara Reinhardt, die der Deportation nach Auschwitz im Frühjahr 1943 nur knapp entgehen konnte, der Gedenkort errichtet.⁴³

37 Sammlung LV: Gesprächsprotokoll OB, Baureferent, Israel. Kultusgemeinde, LV, 08.01.1998.

38 [Ohne Autor], „Keine Gedenktafel für Rosa Luxemburg“, in: Nürnberger Nachrichten, 09./10.10.1999.

39 Sammlung LV: Brief an Rosenberg, 05.11.2004.

40 Sammlung LV: Brief Grieser an LV, 15.01.2004.

41 Interview Schneeberger 22.02.2022; Sammlung LV: Brief LV an Grieser, 05.04.2004.

42 Sammlung LV: Brief Oberbürgermeisterin an LV, 22.12.2004.

43 Katharina Winterhalter, „Mahnmal nach 71 Jahren“, in: Schweinfurter Tagblatt, 17.12.2013.

Würzburg

1976 demonstrierten in Würzburg unter anderem einige Sinti, darunter zwei Völkermordüberlebende, gegen eine Versammlung der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS“ (HIAG), die von der Polizei geschützt wurde. Nach Zusammenstößen mit den ehemaligen SS-Männern wurden manche Sinti vor Gericht gestellt und bekamen empfindliche Strafen. Die Tatsache, dass unter diesen Sinti Überlebende des Völkermordes waren, spielte für das Gericht bei der Urteilsfindung keine Rolle.⁴⁴

1998 ergriff der LV in Würzburg die Initiative für die Schaffung eines Gedenkortes für 20 namentlich bekannte in Würzburg geborene Sinti, die nach Auschwitz deportiert worden waren. Trotz dieser gesicherten Kenntnisse schlug bei ersten Gesprächen der Oberbürgermeister Weber (Freie Wähler) immer wieder vor, das zukünftige Mahnmal der Sinti in die Nähe des bereits bestehenden Denkmals für die alliierten Bombenopfer im Zweiten Weltkrieg zu setzen und in das Gedenken am Volkstrauertag einzubeziehen.⁴⁵

Um eine öffentliche Sichtbarkeit für die NS-Verbrechen an Sinti und Roma entgegen dem alljährlich fest etablierten Gedenken an die Würzburger Bombenopfer zu schaffen, organisierte der LV um den 16. März herum Zeitzeugengespräche mit dem Überlebenden Franz Rosenbach an Würzburger Schulen.⁴⁶

Auf Druck des LV und maßgeblich durch einen Wechsel des Oberbürgermeisteramtes zu Beckmann (CSU) ist nach der ersten Initiative an zentraler Stelle in der Nähe des Würzburger Doms ein Denkmal zum Gedenken an die Würzburger Sinti errichtet worden. Für eine Finanzierung wollte die Stadt jedoch nicht aufkommen, erst Spenden Dritter ermöglichten eine Realisierung.⁴⁷

München

1899 richtete Bayern zur nachrichtendienstlichen Erfassung von Sinti und Roma die erste „Zigeunerzentrale“ bei der Kriminalpolizeidirektion München ein,⁴⁸ am 8. März 1943 verhafteten Münchner Kriminalpolizisten und Schutzpolizisten 141

44 Horst Riesenberger, *Vergangenheitsbewältigung in Würzburg*, in: Tilman Zülch (Hg.), *In Auschwitz vergast, bis heute verfolgt. Zur Situation der Roma (Zigeuner) in Deutschland und Europa*, Reinbek bei Hamburg 1979, S. 172–179.

45 Sammlung LV: Gesprächsprotokoll Oberbürgermeister, LV, 17.3.1999.

46 Interview Schneeberger, 22.2.2022; [ohne Autor], „Opfer des vergessenen Völkermordes“, in: *Volksblatt Würzburg*, 16.3.2001.

47 Interview Schneeberger, 22.2.2022.

48 Vgl. Henry Friedlander, *Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung*, Berlin 1997, S. 396.

Sinti und Roma und hielten diese im Polizeigefängnis in der Münchner Ettstraße fest. Anschließend begleiteten drei Polizeibeamte die Menschen in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, wo die meisten ermordet wurden.⁴⁹

Im Bayerischen Landeskriminalamt verwendete die „Landfahrerzentrale“ der Polizei das Aktenmaterial der „Rassenhygienischen Forschungsstelle“, die von 1938 bis 1944 reichsweit über 24.000 „Rassegutachten“ über deutsche Sinti und Roma angelegt hatte, weiterhin gegen die Überlebenden und ihre Nachfahren bis mindestens 1965.⁵⁰

Wegen dieser besonderen historischen Kontinuitäten der von Bayern ausgehenden Verfolgungspraxis gegenüber deutschen Sinti und Roma vor, während und nach der Zeit des Nationalsozialismus ist die Entstehungsgeschichte des Gedenkortes in München besonders relevant.

Der freischaffende Historiker Ludwig Eiber begann mit der Erforschung der Verfolgung der Sinti und Roma in München, indem er 1990 im Münchner Stadtteil Hasenberg Kontakt zu Familien aufnahm. Er erhielt Vertrauen und interviewte Überlebende sowie Nachfahren zur Verfolgungsgeschichte. Davon ausgehend recherchierte er in Archiven zahlreiche Akten zu der Deportation. Seine Ergebnisse veröffentlichte er in einer der ersten regionalen Studien zum Völkermord an deutschen Sinti und Roma überhaupt.⁵¹

Durch seine Arbeit kam er in Kontakt mit dem Überlebenden Hugo Höllenreiner, der sich an die erste Begegnung mit Ludwig Eiber erinnerte: „Wir haben immer große Angst. Die war ja bis 1993 bei mir. Ich habe immer Knödel im Hals gehabt. Bis dann der Ludwig Eiber zu mir kam, hat sich vorgestellt als Autor in München, und er hätte gerne mal meine Geschichte gehabt.“⁵²

Gemeinsam entwickelten sie die Idee der Schaffung eines Gedenkortes. Eiber dachte zunächst an die Setzung eines Gedenkortes im Münchner Stadtteil Hasenberg in einem partizipativen Projekt mit jugendlichen Sinti und Roma, was jedoch laut Eiber scheiterte:

49 Joachim Schröder, *Die Münchner Polizei und der Nationalsozialismus*, Essen 2013, S. 108 f.

50 Eveline Diener, *Das Bayerische Landeskriminalamt und seine „Zigeunerpolizei“*. Kontinuitäten und Diskontinuitäten der bayerischen „Zigeunerermittlung“ im 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2021.

51 Eiber, *Ich wusste, es wird schlimm*.

52 Anja Tuckermann, „Denk nicht, wir bleiben hier!“ Die Lebensgeschichte des Sinto Hugo Höllenreiner, München 2022, S. 280.

„Da die jungen Sinti und Roma durch die mündliche Tradierung in den Familien über die Verbrechen besser Bescheid wussten als die deutschen Wissenschaftler. Sie hatten kein Interesse an einem mühseligen Aktenstudium.“⁵³

Dann stellten sie einen Antrag beim Kulturreferat der Stadt für die Setzung einer Gedenktafel am ehemaligen Wohnhaus der Familie in der Deisenhofer Straße, was die Hauseigentümer jedoch ablehnten.⁵⁴

Höllenreiner und Eiber forderten aufgrund der Verantwortlichkeit der Münchner Kriminalpolizei für die Deportationen die Errichtung des Gedenkortes gegenüber demselben Gebäude in der Ettstraße, wo die Kriminalpolizei auch 1993 noch arbeitete.⁵⁵ Beide wandten sich gemeinsam an den Münchner Oberbürgermeister Ude (SPD). In ihm fanden sie direkt einen politischen Unterstützer.⁵⁶ Ude sandte im Dezember 1993 einen Brief an Innenminister Beckstein (CSU), der die Anfrage an das Polizeipräsidium München weiterleitete. Aus „Sicherheitsgründen“ sprach sich der Leiter des Präsidialbüros gegen eine Aufstellung eines Gedenkortes in der Nähe des Präsidiums aus. Es heißt in einem Schreiben des Kriminaloberrates:

„An der ablehnenden Haltung des Polizeipräsidium München ändert sich daher nichts. Insbesondere ist zu befürchten, dass eine Gedenktafel Anknüpfungspunkt demonstrativer Aktionen sein kann. In solchen Fällen könnte die Sicherheit des Dienstgebäudes gefährdet und der Dienstbetrieb gestört werden.“⁵⁷

Beckstein folgte der Ansicht der Polizei und antwortete Ude, dass er sich diesen Bedenken nicht ganz verschließen könne.⁵⁸ Eiber und Höllenreiner suchten nun nach weiterer politischer Unterstützung, die sie bei Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, fanden. Dieser formulierte zunächst einen Brief an Oberbürgermeister Ude hinsichtlich der Abwehrhaltung der Polizei und des Innenministers:

53 Interview mit Ludwig Eiber, 23.04.2022.

54 Kulturreferat der Stadt München (Hg.), *Orte des Erinnerns und Gedenkens: Nationalsozialismus in München* (ThemenGeschichtspfad 3), München 2010, S. 21.

55 Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, MIInn-IC5, Abgabe 46/2019, Lfd. Nr. 1061: Brief Ude an Beckstein, 14.4.1994.

56 Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, MIInn-IC5, Abgabe 46/2019, Lfd. Nr. 1061: Brief Ude an Höllenreiner, 24.8.1993.

57 Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, MIInn-IC5, Abgabe 46/2019, Lfd. Nr. 1061: Brief Kriminaloberrat an Minister Beckstein, 27.5.1994.

58 Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, MIInn-IC5, Abgabe 46/2019, Lfd. Nr. 106:1 Brief Beckstein an Ude, 27.6.1994.

„An das Schicksal dieser Menschen am authentischen Ort ihres Leidens zu erinnern, bedeutet keinesfalls, einen in der Tat unzulässigen Bezug zwischen dem Terrorregime des NS-Staates und der Polizei in unserem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat herzustellen. Das Gegenteil ist der Fall: Es ist gerade ein Ausdruck des demokratischen Selbstverständnisses unserer Polizei, wenn in der Nähe des Präsidiums der Opfer des Völkermordes gedacht wird und damit auch an den Missbrauch der polizeilichen Gewalt in dem Unrechtsstaat des ‚Dritten Reiches‘ erinnert wird.“⁵⁹

Ude ließ den Brief als Vermittler an Beckstein weiterleiten, woraufhin Beckstein im Januar 1995 zur Antwort gab:

„Polizeibeamte müssen sich bei ihrem schwierigen Dienst ohnehin immer häufiger mit Ausdrücken wie ‚Nazis‘, ‚SA‘ oder ‚SS‘ beschimpfen lassen. Bei oberflächlicher oder unkritischer Betrachtung durch Passanten oder Besucher könnten Assoziationen in diesem Sinne ausgelöst oder verstärkt werden. [...] Das Polizeipräsidium hat mich darüber hinaus davon unterrichtet, dass die Stadt München vor wenigen Wochen angekündigt hat, die Errichtung von Gedenktafeln- und -stätten deutlich zu reduzieren.“⁶⁰

Der Ansicht Becksteins nach assoziiere man eine Gleichsetzung der heute im Dienst befindlichen Polizei mit den nationalsozialistischen Tätern. Eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der Täterschaft der Münchner Kriminalpolizei, die die Schaffung eines Gedenkortes am historischen Ort hätte ermöglichen können, war von Seiten des Innenministers unerwünscht. Zudem wolle die Stadt München ohnehin die Errichtung von Gedenksteinen reduzieren. Dies ist insofern bemerkenswert, da es in München zu jenem Zeitpunkt nur wenige Orte des Gedenkens an die Verbrechen des Nationalsozialismus gab.⁶¹

In diesem Zusammenhang ist zu kontextualisieren, dass etwa ein Jahr vor jenen Debatten Beckstein rigoros gegen Sinti und Roma in der Gedenkstätte Dachau vorging. Dort forderten bis zu 400 Menschen einen sofortigen Abschiebestopp für südosteuropäische Roma. Dabei besetzten 50 Überlebende des Völkermordes während des evangelischen Kirchentages die Gedenkstätte. Nach mehr als 50 Tagen wurden die Roma gezwungen, das Gelände zu verlassen, nachdem die Polizei den verbliebenen Demonstranten eine Räumung androhte. Beckstein bot

59 Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, MInn-IC5, Abgabe 46/2019, Lfd. Nr. 1061: Brief Rose an Ude, 19.10.1994.

60 Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, MInn-IC5, Abgabe 46/2019, Lfd. Nr. 1061: Brief Beckstein an Ude, 26.1.1995.

61 Winfried Nerdinger, Ort und Erinnerung, in: Winfried Nerdinger (Hg.), Ort und Erinnerung. Nationalsozialismus in München, Salzburg / München 2008, S. 7–9, hier S. 7.

Hundestaffeln vor der Gedenkstätte auf, um die Roma zur Abreise zu bewegen.⁶² Er bezeichnete die Menschen als „Illegale“, die in Dachau angeblich „mit Füßen über die Gräber gegangen seien.“⁶³ Zwanzig Jahre später rühmte sich Beckstein in einer Talkrunde als „harter Hund“, der die „Sinti“ durch eine Hundestaffel, vor denen diese besonders Angst gehabt hätten, aus dem Lager geschafft habe.⁶⁴

Der Standort an der Polizeiwache musste von den Initiatoren zugunsten einer Realisierung des Gedenkortes verworfen werden. Nach weiteren Diskussionen sowie Eingaben und politischem Druck des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma wurde schließlich im Jahr 1995 ein Gedenkstein eingelassen, jedoch ziemlich unscheinbar und peripher am äußeren Rand des Platzes für die Opfer des Nationalsozialismus.



Abb.3: Gedenkort am Rand des Platzes der Opfer des Nationalsozialismus in München, private Fotografie

62 Gress, Protest und Erinnerung, S. 209.

63 Kathrin Herold, Proteste von Roma und Sinti an den KZ-Gedenkstätten Bergen-Belsen, Dachau und Neuengamme. Der nationalsozialistische Antiziganismus in der Erinnerungspolitik, in: Oliver von Wrochem (Hg.), Das KZ Neuengamme und seine Außenlager (Reihe Neuengammer Kolloquien 1), Berlin 2010, S. 164–180, hier S. 165.

64 Dominik Härtl's Hinterzimmer-Gespräch: Ein „harter Hund“ packt aus, URL: <https://www.merkur.de/lokales/dachau/harter-hund-packt-mm-3179249.html> (zuletzt aufgerufen: 23.08.2024).

Fazit

Alle initiierten Orte sind letztlich errichtet worden, keiner ist gescheitert. Lediglich ein Drittel der Orte in Bayern weist jedoch eine reibungslose Entstehungsgeschichte auf, zwei Drittel der Orte hatten Widerstände zu überwinden. Die Ablehnung der anderen zwei Drittel der Gedenkorte gründete auf den in diesem Beitrag vorgestellten unterschiedlichen Abwehrstrategien. Diese Ergebnisse führen zu der Erkenntnis, dass die Vokabeln von Bewahrung und Erstarrung bei der Kartierung der Gedenkorte der Sinti und Roma in Bayern unzulänglich sind. Ihre konfliktreichen und über mehrere Jahre andauernden Entstehungsgeschichten widerlegen dies.

Es ist festzuhalten, dass alle Gedenkorte über die letzten vierzig Jahre hinweg sogenannte „Bottom-up“-Initiativen und damit keiner staatlichen Orchestrierung unterworfen waren. Bei der Mehrheit waren es die Überlebenden, deren Nachfahren und ihre Interessensverbände, die den Stein ins Rollen brachten. In der Phase der Konstituierung waren geschmiedete gedenkpolitische Allianzen zwischen Sinti und Roma, Akteursgruppen der Zivilgesellschaft und politisch mächtigen Einzelpersonen das wesentliche Moment einer letztlich erfolgreichen Errichtung der Gedenkorte. Besonders kontrovers war die Frage einer staatlichen oder kommunalen Beteiligung an der Finanzierung der Gedenkorte.

Auffällig ist, dass ein Gefälle zwischen Stadt und Land keine Auswirkungen auf eine reibungslose Errichtung der Orte hatte. Ebenso wenig lässt sich sagen, dass die Größe und materielle Beschaffenheit eine Rolle gespielt hätten. Uneindeutig bleibt auch eine Kausalität einer Verschleppung des Gedenkens und der Parteizugehörigkeit der jeweiligen politischen Funktionsträger. Einerseits hat die Analyse gezeigt, dass politische Machttäger, die der CSU, den Freien Wählern oder dem Freien Rathausblock angehörten – oder Mitglieder des Ältestenausschusses waren, Gedenkorte ausbremsten. Andererseits waren es auch Parteiangehörige der CSU, die in Würzburg, Schweinfurt und Nürnberg die Realisierung der Orte ermöglichten, in Bayreuth gab es einen konfliktreichen Entstehungsprozess unter einem Oberbürgermeister der SPD.

Zusammengenommen ist die Machtposition und -ausübung der politischen Funktionsträger, insbesondere des Bürgermeisteramtes, und das damit verbundene Machtgefälle gegenüber den Initiatoren das entscheidende Moment bei der Frage der Errichtung der Orte gewesen.

Die im Fachdiskurs und in der Öffentlichkeit geübte Kritik an der deutschen Erinnerungskultur, diese zentrierte sich überbordend auf das Leid der NS-Opfer, hält

mit Blick auf das Gedenken an den Völkermord deutscher Sinti und Roma insgesamt nicht Stand. Erst diese Zentrierung war der Hebel für das Erreichen der geschichtskulturellen Anerkennung deutscher Sinti und Roma in Bayern. Gegenwärtig laufende geschichtskulturelle Projekte wie im oberfränkischen Rattelsdorf und Münchberg zeigen, dass die Setzungen der Gedenkorte in der Zeit von 1980 bis 2021 nicht den Abschluss einer Aufarbeitung des Völkermordes deutscher Sinti und Roma in Bayern markierten, sondern vielmehr auf die Zukunft gerichtete Wegweiser für die Schaffung weiterer Orte sind.